



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 26.06.2008
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg.e Angela van Beek
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger ab 14.35 Uhr
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Hartmut Leefers

Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Joachim Schulz
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD Heinz Peimann
KVD'in Heike von Ostrowski
KOAR Gerd Fricke
Frau Marianne Schmidt
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Henri Blanken
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Elke Twesten

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages am 26.03.2008
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Satzung zur Einrichtung und Tätigkeit eines Behindertenbeirates im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0453

- 7 Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme) für die Jahre 2008 bis 2012
Vorlage: 2006-11/0230
- 8 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2007
Vorlage: 2006-11/0474
- 9 Haushaltsüberschreitungen
- 9.1 Projekt Melkhüs -außerplanmäßige Ausgabe-
Vorlage: 2006-11/0427
- 9.2 Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0420
- 10 Einführung der niedersächsischen Ehrenamtskarte im Landkreis Rotenburg (Wümme); hier: Festlegung der persönlichen Voraussetzungen und des Antragsverfahrens
Vorlage: 2006-11/0476
- 11 Bestellung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: 2006-11/0395
- 12 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.05.2008: Keine Gentechnik auf Flächen im Eigentum des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0480
- 13 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.05.2008: Bildung eines Unterausschusses zur nachhaltigen Entwicklung im Bereich der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik
Vorlage: 2006-11/0481
- 14 Anfragen
- 15 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist. Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abgeordneten H. Blanken, Ehlen, Helberg, Sonnenwald und Twesten fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes führt weiter aus, der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 19.06.2008 keinen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung zur Behandlung in plattdeutscher Sprache festgelegt. Falls dennoch die Behandlung eines Punktes auf Platt gewünscht werde, schlage er den Punkt 9.1 „Projekt Melkhüs – außerplanmäßige Ausgabe“ vor.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Feststellung der Tagesordnung

Landrat Luttmann erklärt, der Tagesordnungspunkt 17 „Personalangelegenheiten“ solle um den Punkt 17.5 „Versetzung des Ltd. Medizinaldirektors Dr. Stümpel in den Dienst der Stadt Bremen“ ergänzt werden. Eine Beschlussvorlage sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

Punkt 3 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages am 26.03.2008

Beschluss:

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages am 26.03.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Braunschur nimmt ab 14.35 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 26.03.2008 sei der Kreisausschuss am 24.04.2008, 22.05.2008 und 19.06.2008 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Vertrag über Sachversicherungsleistungen des Landkreises Rotenburg (Wümme) solle über den 01.01.2009 hinaus fortgeführt werden. Von dem Kündigungsrecht werde seitens des Landkreises kein Gebrauch gemacht.
2. Dem Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Nieders. Landesgesellschaft zum Ankauf von 46.76.48 ha abgetorfem Moor als „Flächenpool“ für naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen im Hatzter Moor sei zugestimmt worden. Die Flächen sollen im Sinne des Naturschutzes renaturiert werden, damit werde die Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen für solche Zwecke vermieden.
3. Auf der Grundlage des Entwurfes des Nahverkehrsplanes 2008 – 2012 für den Landkreis Rotenburg (Wümme) werde das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren durchgeführt.
4. Die Bestellung von Herrn Kreisamtsrat a. D. Nottorf zum Landschaftswart in ehrenamtlicher Tätigkeit für die Naturschutzgebiete „Ekelmoor“ und „Tister Bauernmoor“ sei für weitere fünf Jahre bis zum 31.08.2013 verlängert worden.

5. Für die in der an die Abgeordneten verteilten Zusammenstellung aufgeführten Maßnahmen würden die Schulträger Zuwendungen aus der Kreisschulbaukasse für die notwendigen Schulbaukosten mit Auszahlung ab dem Haushaltsjahr 2008 nach Kassenlage der Kreisschulbaukasse erhalten. Für weitere Maßnahmen (Neu- und Erhöhungsanträge) sei die Entscheidung zurückgestellt worden.
6. Der für das St.-Viti-Gymnasium Zeven erarbeiteten Schulraumplanung sei zugestimmt worden.
7. Dem Antrag des KIVINAN-Bildungszentrums, BBS Zeven, auf Einrichtung einer einjährigen Berufsfachschule Gastronomie zum Schuljahr 2008/2009 und der Wiederaufnahme der Klasse II der Berufsfachschule Ernährung und Hauswirtschaft ab dem Schuljahr 2009/2010 sei zugestimmt worden.
8. Die im Juni 2007 vom Kreisausschuss beschlossene Richtlinie zur Ausgestaltung der Förderung von mittleren und kleinen Betrieben (KMU-Förderrichtlinie) aus Mittel der EU-Konvergenzförderung sei entsprechend neuer Vorgaben der N-Bank dahingehend geändert worden, dass
 - ein Mietkauf förderfähig sei, sofern die Aktivierung beim Kapitalnehmer erfolge und
 - ein Verwendungsnachweis spätestens drei Monate nach Abschluss der Maßnahme vorzulegen sei.Außerdem würden alle Schriftstücke mit Außenwirkung im Zusammenhang mit der KMU-Richtlinie mit dem EFRE-Logo und der Wort-Bildmarke „Europa fördert Niedersachsen“ versehen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Den Abgeordneten sei eine Mitteilungsvorlage zum Jahresabschluss 2007 auf den Tisch gelegt worden. Die Haushaltsrechnung des Haushaltsjahres 2007 sei in beiden Teilhaushalten ausgeglichen. Der Abschluss im Verwaltungshaushalt habe einen strukturellen Überschuss von rd. 22,0 Mio. € ergeben. Dieser sei dazu verwendet worden, die Vorjahresfehlbeträge (15,5 Mio. €) vollständig abzubauen. Darüber hinaus sei der Restbetrag (6,5 Mio. €) dem Vermögenshaushalt zugeführt und dort u.a. für die Ablösung der Vorfinanzierung für die Gymnasien (3,4 Mio. €) verwendet worden. Ein Restbetrag von 1,96 Mio. € habe der Rücklage zugeführt werden können. Dieser Betrag solle zusammen mit der in der Doppik nicht mehr vorzuhaltenden Mindestrücklage für die Ablösung der Anfang 2008 zusätzlich entstandenen Verpflichtung gegenüber dem Abfallwirtschaftsbetrieb (rd. 3,0 Mio. € - Vergleich aus Verbrennungsvertrag mit der Stadtreinigung Hamburg) verwendet werden. Kreditaufnahmen seien 2007 nicht getätigt worden.
2. Den Abgeordneten seien auf den Tisch gelegt worden:
 - eine Broschüre „Magazin der Metropolregion Hamburg“,
 - ein Informationsfaltblatt zum Beratungsangebot der Seniorenberatung im Landkreis Rotenburg (Wümme) „RoSe“,
 - jeweils ein Pin mit dem Landkreis-Wappen.

Abg. Bargfrede betont die Bedeutung des Behindertenbeirates als ein Gremium, welches ständig für die Belange von behinderten Menschen eintreten könne. Er dankt den Fraktionen des Kreistages, dem Behindertenbeauftragten und der Verwaltung für die konstruktive Mitarbeit bei der Erarbeitung des Satzungsentwurfs in der Arbeitsgruppe. Der Behindertenbeauftragte des Landkreises habe nach wie vor eine wichtige Funktion und könne die Arbeit des Behindertenbeirates unterstützen. Über die freien Vorschlagslisten hätten die behinderten Menschen Gelegenheit, selbst ihre Anliegen und Probleme in die Arbeit des Behindertenbeirates einzubringen. Er hoffe, dass sich möglichst viele Menschen mit Behinderungen engagieren würden.

Abg. Steppat weist darauf hin, dass die WFB-Fraktion bereits vor mehr als drei Jahren einen Antrag auf Einrichtung eines Behindertenbeirates eingebracht habe. Nach den Vorstellungen seiner Fraktion hätte in einem solchen Gremium der betroffene Personenkreis die Möglichkeit erhalten sollen, eigene Probleme und Vorstellungen selbständig zu erörtern und in die Kreistagsarbeit einzubringen. Der Antrag sei seinerzeit aber nicht im Kreistag behandelt worden. Positiv zu bewerten sei, dass der Vorsitzende des künftigen Behindertenbeirates aus den Reihen der Mitglieder gewählt werde. Das auch Abgeordnete des Kreistages Mitglied des Behindertenbeirates sein sollen, widerspreche zwar dem damaligen Antrag der WFB. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag dennoch zustimmen, weil auf diese Weise die Anliegen der Behinderten in die Kreistagsarbeit einfließen könnten.

Abg. Klee bezeichnet die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe als positiv. Dabei sei auch die weitere Notwendigkeit eines Behindertenbeauftragten diskutiert worden. Weil der Aufgabenzuschnitt des Behindertenbeirates und des Behindertenbeauftragten nicht eindeutig abgegrenzt werden könne, würden sich durchaus Schnittmengen ergeben. Zum Ende der Wahlperiode des Behindertenbeirates solle ein Erfahrungsbericht gegeben werden. Insgesamt stelle der Behindertenbeirat ein wirkungsvolles Instrument für die Behindertenarbeit im Landkreis dar.

Abg. M. Blanken führt aus, der Behindertenbeirat habe in der SPD, der WFB und der Landespolitik viele Väter gehabt. Die erste Initiative auf Kreisebene sei von der SPD-Fraktion ausgegangen. Die Abgeordneten des Kreistages hätten im Behindertenbeirat lediglich beratende Stimme um zuzuhören und Anregungen aufzunehmen. Er wünsche sich eine erfolgreiche Arbeit des Behindertenbeirates.

Abg. Oetjen erklärt, die Arbeit in der Arbeitsgruppe habe gezeigt, dass das Thema Behindertenbeirat von allen Fraktionen des Kreistages getragen werde. Der Behindertenbeirat werde am 01.11.2008 seine Arbeit aufnehmen, damit sei die gesetzliche Vorgabe im Landkreis schnell umgesetzt worden. Er hoffe, dass sich möglichst viele Menschen in die Arbeit des Behindertenbeirates einbringen, damit dieser erfolgreich arbeiten könne. Mögliche Schnittmengen der Zuständigkeiten des Behindertenbeirates und des Behindertenbeauftragten halte er nicht für problematisch. Damit der Behindertenbeirat wirksam arbeiten könne, dürfe es kein Kompetenzgerangel geben.

Beschluss:

Der Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit eines Behindertenbeirates im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Petersen dankt der Verwaltung für die schnelle Reaktion bei der Altpapierentsorgung. Es sei wichtig, in dieser Angelegenheit mit den Vereinen in Kontakt zu bleiben. Es dürften nicht die Schwächsten unter dem Konkurrenzkampf leiden.

Abg. Bussenius meint, der Landkreis müsse sich Gedanken darüber machen, wie es mit der Altpapierentsorgung nach dem Auslaufen des Vertrages mit der Firma Oetjen weitergehen solle.

Landrat Luttmann erklärt, im April 2008 sei ca. 50 % weniger Altpapier angeliefert worden als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Landkreis habe nicht sofort auf die Aufstellung der privaten Altpapiertonnen reagieren können, weil man an den Vertrag mit der Firma Oetjen gebunden sei und die vergaberechtlichen Vorschriften beachten müsse. Nach der Aufstellung der Landkreis-Tonnen hätte ein privater Entsorger im Landkreis bereits schriftlich einen „fairen und gleichberechtigten Wettbewerb“ angemahnt und in Frage gestellt, dass der Landkreis berechtigt gewesen sei, ohne vorherige Ausschreibung eine Tonnensammlung zu initiieren. Mit einem Klageverfahren sei zu rechnen, der Ausgang sei ungewiss. Die Landkreis-Tonnen würden nur in den Bereichen aufgestellt, in denen keine Vereinssammlungen durchgeführt würden. Der Kreistag habe sich seinerzeit bei der Altpapierentsorgung für ein kombiniertes System aus Vereinssammlungen und Depotcontainern entschieden. Deswegen habe der Landkreis nicht bereits früher eine Tonnenentsorgung eingeführt. Er danke dem Ersten Kreisrat, der Firma Oetjen und den Mitarbeitern des Abfallwirtschaftsbetriebes für die schnelle Umsetzung des Konzeptes. Er appelliere an die Bevölkerung, ihr Altpapier auch zukünftig über die Vereinssammlungen oder die Landkreis-Tonnen zu entsorgen.

Abg. Schulz fragt, ob angedacht sei, den Vereinen einen festen Betrag für das Altpapier zu zahlen. Es gebe viele Bürger, die z. B. aus Platzgründen die Altpapiertonnen gerne nutzen würden, dies aber aus Rücksicht auf die Vereine bisher nicht tun.

Landrat Luttmann antwortet, der Landkreis werde sich nicht an einem Preiskampf beteiligen. Es sei nicht vorgesehen, Zahlungen an die Vereine ohne Gegenleistung zu leisten.

Beschluss:

Das bereits vorliegende Abfallwirtschaftskonzept wird mit den vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann und die **Abg. Borngräber, Oetjen** und **Klee** verlassen den Sitzungsraum.

1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2007**
Vorlage: 2006-11/0474

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann und die **Abg. Borngräber, Oetjen** und **Klee** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 9.1 der Tagesordnung: **Projekt Melkhüs -außerplanmäßige Ausgabe-**
nung: **Vorlage: 2006-11/0427**

Kreistagsvorsitzender Brünjes führt aus, mit dem Melkhüs-Projekt werde für den Landkreis etwas Positives getan. Vor allem durch den TouROW sei viel Arbeit in das Projekt investiert worden. Nachdem sich bei der erhofften Förderung als ILEK-Projekt Schwierigkeiten ergeben hätten, habe sich das Konzept mit Unterstützung der Gemeinden umsetzen lassen. Auch **Abg. Wölbern** weist auf das Engagement des TouROW-Geschäftsführers hin. Zwar werde das erste Melkhüs im Landkreis in Kürze eröffnet, aber es gebe noch „weiße Flecken“ auf der Kreiskarte. Bemerkenswert sei, dass sich alle Gemeinden an diesem Projekt beteiligten, obwohl in einigen Bereichen kein Melkhüs vorgesehen sei. Die Frage des **Abg. Schulz**, ob versucht worden sei, eine Förderung durch die Metropolregion zu erhalten, wird von **Landrat Luttmann** mit dem Hinweis auf die zeitliche Verzögerung bei der Realisierung des Projekts verneint.

Beschluss:

Der Landkreis beteiligt sich an dem Projekt Melkhüs. Die erforderlichen Haushaltsmittel von € 24.743,70 werden außerplanmäßig im Teilfinanzhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) unter der Position 29 (aktivierbare Zuwendungen) bereit gestellt. Die Investitionsförderung wird dem Produkt 57.5.01 (Tourismus) zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 9.2 der Tagesordnung:

Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0420

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Einführung der niedersächsischen Ehrenamtskarte im Landkreis Rotenburg (Wümme); hier: Festlegung der persönlichen Voraussetzungen und des Antragsverfahrens
Vorlage: 2006-11/0476

Landrat Luttmann weist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage hin, in die das Ergebnis der Beratung im Kreisausschuss eingearbeitet sei.

Abg. Dreyer führt aus, die SPD-Fraktion begrüße jede Würdigung und Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen. Es bleibe abzuwarten, ob die Ehrenamtskarte hierfür der richtige Weg sei. Die Gespräche in der Arbeitsgruppe hätten zu einem guten Ergebnis geführt. Ein Ziel müsse weiter bleiben, Jugendliche so früh wie möglich für das Ehrenamt zu begeistern. Deswegen halte er auch eine Herabsetzung des vorgegebenen Mindestalters für die Vergabe der Ehrenamtskarte durch das Land für sinnvoll. Anderenfalls sollte beim Land über eine Erweiterung der Jugendleiter-Card in eine Jugend-Ehrenamtskarte nachgedacht werden. Die von privaten Unternehmen und Firmen für die Inhaber der Ehrenamtskarte gewährten Vergünstigungen dürften nicht dazu führen, dass deren bisherige Unterstützung für die Vereine eingeschränkt werde. Hier dürfe keine Konkurrenzsituation entstehen. Das Verfahren zur Vergabe der Ehrenamtskarte sollte nach gewisser Zeit auf den Prüfstand gestellt werden. Er wünsche der Ehrenamtskarte im Landkreis Rotenburg (Wümme) vollen Erfolg.

Abg. Bargfrede erklärt, die Einführung der Ehrenamtskarte sei ein erster Schritt zur Anerkennung des Ehrenamtes im Landkreis. Es gelte, ehrenamtlich Tätige weiterhin zu unterstützen. Aus diesem Grund führe der Landkreis bereits seit Jahren einmal jährlich eine Ehrung von ehrenamtlich Tätigen durch. Dabei würden jeweils 20 Personen stellvertretend für die zahlreichen ehrenamtlich Tätigen im Landkreis ausgezeichnet. Deswegen sei es nur folgerichtig, dass sich der Landkreis an der Ehrenamtskarte beteilige. Er danke dem Landrat für die Initiative zur Einführung der Ehrenamtskarte und den Abgeordneten sowie den Vertretern der Verbände, Vereine und Organisationen für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Festlegung der Voraussetzungen. Er hoffe auf einen einstimmigen Beschluss durch den Kreistag. Ehrenamtliche Arbeit sei unbezahlbar, aber mit der Verleihung der Ehrenamtskarte werde den ehrenamtlich Tätigen öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung zuteil. Nach zwei Jahren sollte ein Praxisbericht über das Vergabeverfahren gegeben werden. Es sei gut, dass die Vereine mit einbezogen würden, ihnen komme wegen der Bestätigung der Voraussetzungen eine besondere Bedeutung zu. Insgesamt sei dies ein guter Tag für das Ehrenamt.

Abg. Oetjen ist froh, dass nach ersten kontroversen Diskussionen jetzt die Einführung der Ehrenamtskarte im Landkreis offenbar ein einmütiges Anliegen der Abgeordneten sei. Die Ehrenamtskarte müsse nun mit Leben gefüllt werden. Ihr Erfolg hänge von den Vergünstigungen und den Werbemaßnahmen ab. Hier sollten sich auch die Abgeordneten einbringen, dann werde die Ehrenamtskarte ein Erfolg.

Abg. von Bothmer regt an, den Antragsvordruck um die Angabe der Fax- und Handynummer des Antragstellers zu ergänzen. Außerdem gibt er zu bedenken, dass aus dem Antragsvordruck nicht eindeutig zu erkennen sei, von wem der Antrag gestellt werde.

Abg. Dreyer führt hierzu aus, dies sei auch in der Arbeitsgruppe diskutiert worden. Auch die Vereine, Verbände und Organisationen sowie die Gemeinden und der Landkreis sollten die

Möglichkeit haben, ehrenamtlich Tätige für die Verleihung der Ehrenamtskarte vorzuschlagen. Dies sei wichtig für diejenigen ehrenamtlich Tätigen, die nicht in einem Verein oder Verband organisiert seien oder nicht von sich aus einen Antrag stellen wollten.

Abg. Schulz hält es für wichtig, dass bei der Einwerbung der Vergünstigungen kreativ vorgegangen werde. Lediglich freier Eintritt in kommunalen Einrichtungen reiche nicht aus.

Beschluss:

Die persönlichen Voraussetzungen, das Antragsverfahren und die Ausgabe der niedersächsischen Ehrenamtskarte im Landkreis Rotenburg (Wümme) werden wie in der Vorlage dargestellt festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung:

Bestellung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: 2006-11/0395

Beschluss:

Herr Wolf Linne, geb. 16.05.1966, wird zum Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Rotenburg (Wümme) berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.05.2008: Keine Gentechnik auf Flächen im Eigentum des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0480

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass der Antrag nach § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Kreistages behandelt werden solle. Nach mündlicher Begründung durch den Antragsteller könne der Antrag ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss verwiesen werden, sofern keine Nichtbefassung beschlossen werde.

Zur Begründung des Antrages führt **Abg. Frömming** aus, der Anbau von herbizid- und insektenresistenten Pflanzen bedrohe die Vielfalt der Arten. Aber deren Erhalt sei lebenswichtig, weil ein Verlust für immer und vom Menschen nicht mehr rückgängig zu machen sei. Auf der UNO-Artenschutzkonferenz habe die Bundesregierung zugesagt, mehrere hundert Millionen Euro für den Erhalt der Diversität zur Verfügung zu stellen. Der Landkreis brauche kein Geld aufzuwenden, sondern lediglich dem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen, um in dieser Hinsicht etwas zu erreichen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.05.2008 „Keine Gentechnik auf Flächen im Eigentum des Landkreises Rotenburg (Wümme)“ wird zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.05.2008: Bildung eines Unterausschusses zur nachhaltigen Entwicklung im Bereich der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik
Vorlage: 2006-11/0481

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die Behandlung des Antrages nach § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Kreistages hin.

Abg. Frömming führt zur Begründung des Antrages aus, die Sozial-, Familien- und Bildungspolitik befinde sich im Umbruch. Eltern, Lehrer und die Mitarbeiter(innen) in Kindertageseinrichtungen seien wegen einer Vielzahl neuer Vorschriften teilweise verunsichert. Deswegen seien eine Vernetzung der Angebote und die Entwicklung eines neuen gemeinsamen Konzeptes notwendig. Dies sei dringend geboten, um diese wichtige Arbeit zu unterstützen.

Abg. Wölbern schlägt vor, den Antrag zur weiteren Behandlung an den Kreisausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.05.2008 zur Bildung eines Unterausschusses zur nachhaltigen Entwicklung im Bereich der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik wird zur weiteren Behandlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung:

Anfragen

Landrat Luttmann erklärt, die SPD-Kreistagsfraktion habe mit Schreiben vom 16.04.2008 eine Anfrage zum Ausbau der DSL-Versorgung im ländlichen Raum gestellt. Diese sei allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden. Die darin gestellten Fragen beantworte er wie folgt:

1. Sind Sie mit uns der Meinung, dass die Gemeinden ohne Hilfe des Landkreises kaum in der Lage sein werden, erfolgversprechende Anträge in diesem Umfang vorzubereiten und ist eine effektive Hilfestellung durch die Kreisverwaltung möglich und vorgesehen?

Antwort: Der Landkreis Rotenburg (Wümme) werde die kreisangehörigen Gemeinden aktiv bei der Suche nach Lösungen und der damit zusammenhängenden Beantragung von möglichen Zuschüssen im Bereich der Breitbanderschließung begleiten und unterstützen. Der erste Schritt hierzu sei bereits mit der Durchführung einer kreisweiten Befragung aller Haushalte und Unternehmen getan worden. Diese Befragung bilde die Grundlage für jedwede mögliche Förderung. Auf Basis der so gewonnenen Ergebnisse könnten die angesprochenen notwendigen Bedarfsanalysen für eine Erschließung erfolgen. Die Stabsstelle Kreisentwicklung arbeite in diesem Zusammenhang eng mit dem Breitbandkompetenzzentrum Niedersachsen zusammen. Die weiteren Schritte und Planungsalternativen auf dem Wege zur Breitbandverkabelung im Landkreis Rotenburg (Wümme) würden nach Auswertung der Befragung erarbeitet.

2. Kann und wird der Landkreis die in o.g. Berichten aufgeführten Förderprogramme mit eigenen Mitteln unterstützen?

Antwort: Dies werde sich im Rahmen der Haushaltsberatungen zeigen.

3. Gibt es konzeptionelle Planungen zur Breitbandverkabelung im Landkreis Rotenburg (Wümme)?

Antwort: Siehe Frage 1

4. Ist die Anforderung von Unterlagen zum vorgenannten Thema für interessierte Gemeinden nur über das Büro des CDU-Abgeordneten Grindel möglich, oder gibt es auch staatliche Stellen, die interessierte Antragsteller mit den entsprechenden Materialien versorgen können?“

Antwort: Unterlagen und Informationen über Breitbandförderung könnten interessierte Gemeinden direkt bei der Stabsstelle Kreisentwicklung des Landkreises Rotenburg (Wümme) erhalten. Die Wirtschaftsförderung fungiere hier als direkte Verbindung und koordinierender Kontakt zum Breitbandkompetenzzentrum Niedersachsen.

Der **Landrat** weist auf die den Mitgliedern des Kreistages ebenfalls auf den Tisch gelegte Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.05.2008 zur Neuordnung des hausärztlichen Notdienstes hin. Die darin gestellten Fragen beantworte er wie folgt:

1. Ist der Landrat über die Neuordnung des hausärztlichen Notdienstes unterrichtet worden?

Antwort: Mit Schreiben der Kassenärztlichen Vereinigung, Bezirksstelle Verden, sei der Landkreis zu einer Informationsveranstaltung am 16.04.2008 eingeladen worden. Als Vertreter des Landkreises habe der Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Ltd. Medizinaldirektor Dr. Stümpel, an dieser Veranstaltung teilgenommen.

2. Wann sind die Krankenhäuser in Rotenburg und Zeven räumlich in der Lage, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises die hausärztliche Notdienstbereitschaft zu übernehmen?

Antwort: Die Neuordnung der Notdienstbereiche erfolge schrittweise. Die Kassenärztliche Vereinigung plane daher, die entsprechende Vereinbarung und Regelung nach und nach in ihrem Bezirk umzusetzen. Begonnen worden sei, wie bekannt, mit der Umsetzung im Bereich Sottrum und der Angliederung an das Achimer Krankenhaus. Die dortigen Räume seien bereits in Betrieb genommen worden. Nach seiner Kenntnis gebe es zur Zeit keine konkreten Pläne für die Krankenhäuser Rotenburg und Zeven.

3. Sind dem Landrat bereits Fälle bekannt, dass die hausärztliche Notfallversorgung nicht gewährleistet war?“

Antwort: Solche Fälle seien dem Landkreis nicht bekannt geworden.

Auf die Nachfrage des **Abg. Dreyer**, ob der Landkreis aufgrund der aktuellen Situation in Sottrum anregen bzw. fordern könne, dass die Bürger aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) innerhalb des Kreisgebietes behandelt werden, antwortet **Landrat Luttmann**, der Landkreis habe in diesem Bereich keine Kompetenz. Es handele sich ausschließlich um eine Angelegenheit der Kassenärztlichen Vereinigung.

Landrat Luttmann führt weiter aus, mit Schreiben vom 23.06.2008 habe die WFB-Kreistagsfraktion eine Anfrage zur Jugendhilfe gestellt.

Der **Landrat** trägt die Anfrage im Wortlaut vor und beantwortet die darin gestellten Fragen wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Landrat,

in den Medien lesen wir immer wieder Berichte über Kindesmisshandlungen, von Kinderarmut, von verwaorlosten Wohnungen, in denen auch Kinder leben und ähnlichen Schwierigkeiten und Benachteiligungen, die Kinder in der heutigen Zeit erleben und ertragen müssen. Im Namen unserer Kreistagsfraktion bitte ich (Unterzeichner der Anfrage ist der Abg. Steppat) in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist nach Ihrer Meinung das Jugendamt unseres Landkreises ausreichend mit Fachpersonal besetzt, um die genannten Probleme beobachten, behandeln und regeln zu können?“

Antwort: Ja.

„2. Gibt es zu dieser Thematik regelmäßige Kontakte mit der Polizei, der Kirche und zu sozialen Einrichtungen? Wenn ja, in welcher Art finden solche Austausche statt?“

Antwort: Über die Zusammenarbeit in Einzelfällen hinaus bestünden regelmäßige Kontakte des Jugendamtes zur Polizei sowie allen weiteren Institutionen, mit denen eine Zusammenarbeit stattfindet, in verschiedenen Arbeitskreisen. Der Kirchenkreis Rotenburg sei als Träger der Ev. Lebensberatungsstelle, die die Aufgaben der Erziehungsberatung für das südliche Kreisgebiet wahrnehme, an diesen Kontakten beteiligt; darüber hinaus seien kirchliche Institutionen als Träger von Kindertageseinrichtungen bzw. Jugendarbeit beteiligt.

„3. Gibt es eine unmittelbare und zügige Absprache und Verständigung zwischen dem Hauptamt in Rotenburg und den Nebenämtern in Zeven und Bremervörde?“

Antwort: Ja.

Abg. Wölbern spricht Presseberichte über die für Inhaber der Ehrenamtskarte gewährte Vergünstigung beim Eintritt zur Tarmstedter Ausstellung an und fragt, von wem die Idee dazu stamme und von welcher Stelle die Kosten getragen würden.

Landrat Luttmann antwortet, die Gewährung von Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamtskarte stelle für die privaten Unternehmen eine Win-Win-Situation dar. Evtl. Einnahmeverluste durch die Vergünstigungen könnten durch höhere Besucherzahlen ausgeglichen werden. Als Schirmherr der Tarmstedter Ausstellung habe er angeregt, eine Vergünstigung für Inhaber der Ehrenamtskarte zu gewähren. Der gemeinsame Fototermin in Hannover wurde genutzt, um Werbung für die Ehrenamtskarte und die Tarmstedter Ausstellung zu machen.

Abg. Wölbern möchte weiter wissen, ob das Land sich an den Kosten für diese Vergünstigung beteilige und von wem die Kosten für den Termin in Hannover getragen worden seien.

Landrat Luttmann antwortet, das Land Niedersachsen sei hieran nicht beteiligt. Die für ihn entstandenen Fahrtkosten für den Termin würden vom Landkreis getragen.

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzender Brünjes beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 8 und 9.1)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 8 und 9.1)

Landrat

Protokollführer